

Wohnraumschutzsatzung statt Wortbruch!

Kundgebung 11.12.25 vor dem SWH/Ratssitzung

Liebe Krefelderinnen und Krefelder!

Das Sozialbündnis Krefeld hat 2020 diese Broschüre zur Sozialen Gerechtigkeit herausgegeben, die auch 2 Artikel zum Thema Wohnen enthält – zu laden über sozialbueundnis-krefeld.de/Veroeffentlichungen. Es lohnt sich immer noch, diese Beiträge nachzulesen.

Wir haben nämlich damals schon dieses Problem im Stadtbild gesehen: 7.000 leerstehende Wohnungen laut Wohnungsmarktreport der LEG!

Dieses Problem, das das Stadtbild herunterzieht, ist auch heute noch offensichtlich: z.B. das seit Jahren leerstehende sog. Stadtschloss am Südwall gegenüber der Gaststätte Im Süden und auch das große Loch vor diesem Restaurant (früher Kosmopolit).

Aktive im Sozialbündnis haben sich in den letzten Jahren immer wieder die Mühe gemacht, Leerstände zu dokumentieren. Bei mehreren Gelegenheiten konnten wir diese Leerstandslisten mit städtischen Mitarbeitenden austauschen und haben auch gesehen, wie die Verantwortlichen der Stadt sich um Gespräche mit den Eigentümern bemühten, um diese zur Renovierung und Neuvermietung zu bewegen. Aber die Handlungsmöglichkeiten der Stadt waren sehr begrenzt.

Als dann in diesem Jahr die Wohnraumschutzsatzung erarbeitet und beschlossen wurde, haben wir das sehr begrüßt und gefordert, dass genügend Personal eingestellt wird, um diese konsequent umzusetzen.

Wie wichtig die Wohnraumschutzsatzung (WSS) ist, hat OB Frank Meyer selbst geschrieben; nachzulesen in unserem Flyer, der hier aushängt und verteilt wird.

Denn „Im Gebiet der Stadt Krefeld ist die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen

Bedingungen besonders gefährdet. Es besteht ein erhöhter Wohnraumbedarf.“ heißt es in der WSS zur Begründung in §2 Abs. 1. (Nachzulesen auf unserer Website)

Über Haus & Grund steht übrigens heute ein Artikel in der WZ, in dem die Eigentümerversammlung die bestehenden Probleme schlichtweg bestreitet und die Abschaffung der WSS begrüßt.

Da geht man sogar so weit, fälschlich zu behaupten, städtische Mitarbeitende dürften sonst sogar in vermietete Wohnungen eindringen und die WSS sei verfassungswidrig.

Ich bin der Meinung, solche Verleumdungen passen nicht ins Krefelder Stadtbild.

Und egal, was der Stadtrat heute beschließt; das Sozialbündnis wird am Thema dranbleiben.

Die meisten Einwohner Krefelds sind Mieterinnen und Mieter und wir werden uns weiterhin insbesondere für weniger betuchte Mieter/innen einsetzen.

Nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz ist Wohnraum vom Eigentümer so auszugestalten, zu erhalten und wiederherzustellen, dass der ordnungsgemäße Gebrauch zu Wohnzwecken gewährleistet ist.

Das Sozialbündnis Krefeld fordert weiterhin ein Leerstandskataster und die energische Beseitigung von Leerständen und Zweckentfremdung.

Untätige Hauseigentümer müssen zum Handeln oder zum Verkauf vorrangig an die Stadt gezwungen werden können.

Ersatzvornahme oder auch Enteignungen dürfen kein Tabu sein.

Wir fordern mehr Sozialwohnungen mit dauerhafter Sozialbindung, denn wegen auslaufender Sozialbindung gibt es immer weniger Sozialwohnungen.

„Bauen-Bauen-Bauen“, wie von vielen Politikern gefordert, ist allein nicht die Lösung, da auf fast jeden Wohnungswechsel eine Preisstei-

gerung bei Neuvermietung folgt. Wohnungen sind eben keine Gebrauchtwagen, die bei Nutzung an Wert verlieren.

Bauen nützt vor allem dann, wenn auch preisgünstige bzw. Sozialwohnungen errichtet werden. Die werden aber immer weniger, obwohl der Bau von dauerhaft preisgünstigen Sozialwohnungen für die öffentliche Hand eine wesentlich effektivere Subvention wäre als die Dauersubventionierung der Vermieter durch Wohngeld.

Daten hierzu sind übrigens nachzulesen im Faktencheck zu Sendung „Die Anstalt“ im ZDF vom 11.11.25.

Die Mieten steigen schneller als die Löhne. Die Preissteigerungen insbesondere bei Energie und Lebensmitteln belasten vor allem Mieter/innen mit niedrigen Einkommen.

Während Immobilienkonzerne, Investor*innen und Eigentümer*innen sich goldene Nasen verdienen, leben breite Bevölkerungsschichten in ständiger Sorge vor steigenden Mieten und Verdrängung.

Besonders gefährdet durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum sind neben Geringverdienenden vor allem benachteiligte Gruppen wie Geflüchtete oder Wohnungs- und Obdachlose, sowie von Gewalt betroffene Frauen.

Wohnungspolitik muss Daseinsfürsorge sein! Denn der Markt reguliert es nicht. Aber es gibt ein Menschenrecht auf Wohnen.

Die Stadt ist keine Ware.

Wir fordern:

Bezahlbares Wohnen statt Zweckentfremdung!

Leerstände mit Leben füllen!

Wohnungsnot und Obdachlosigkeit beseitigen!